

Neue Anfänge nach 1945 in der Evangelischen Kirche? –

Zum Umgang mit der NS-Geschichte und ihrer Bedeutung für heute

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich meiner Mutter erzählte, dass diese Ausstellung in Alsterdorf gezeigt wird, erzählte sie mir ihre Erinnerungen: Als sie am Anfang ihres Studiums in die Alsterdorfer Anstalten zum Griechisch lernen ging. *„Wir wussten ja damals alle, was geschehen war, von den Euthanasie-Verbrechen. Aber wir sprachen nicht darüber, dachten nicht darüber nach. Es war gut, dass das alles vorbei war.“* Aus heutiger Sicht ungeheuerlich und sie schäme sich dafür, so sagte sie, aber in der damaligen Zeit dachte man vorwärts bzw. in der Gegenwart. Den Nationalsozialismus hatte man hinter sich gelassen.

Meine Mutter ist Jahrgang 1928. Ihre Erinnerungen beziehen sich auf das Ende der 1940er Jahre, als sie an der Kirchlichen Hochschule, die damals auf dem Anstaltsgelände existierte, studierte. Sie sagte „wir“ – es war ein allgemeines Wissen um das Geschehene. In ihrer Erinnerung waren die Verbrechen und Morde der NS-Zeit eine Art Heimsuchung, die nun vorüber war. „Man“ suchte nach Normalität und wollte vorwärts blicken.

Fragen nach den Opfern und den Tätern, nach Verantwortlichen und Gerechtigkeit für die Opfer wurden nicht gestellt. Mehr noch: man fragte schon nach den Tätern, wollte aber von ihren Taten nichts wissen.

Ein zentrales Thema der ersten Nachkriegsjahre war die Frage nach den Kriegsgefangenen, deren Gefangenschaft für die Ehefrauen eine Doppelbelastung bedeutete: Sie mussten einerseits ein Familienleben führen ohne den Ehemann und Vater, andererseits für den Lebensunterhalt der ganzen

Familie sorgen. Hinzu trat die Ungewissheit, ob die vermissten Angehörigen überhaupt zurückkehrten.

Die Kriegsgefangenen waren fester Bestandteil der Gebete. So schrieb der Altonaer Pastor Waßner in seinem ersten Brief an die Kirchengemeinde nach Kriegsende:

„Wir wollen zusammen beten für unser armes Vaterland, dass doch die Opfer nicht umsonst gebracht seien. Wir wollen für unsere Soldaten beten, die wir vermissen, die irgendwo in einem Lager noch sind und nicht nach Hause kommen können, von denen wir keine Nachrichten haben.“

Was als Gebet begann, wandelte sich zur direkten Bitte. Im Dezember 1946 fand allorts eine Gebetswoche für die Kriegsgefangenen statt, in der die *„Weihnachtsbitte der Christen in Deutschland an die Völker der Welt“* verlesen wurde. Darin hieß es:

„Wir sind dankbar, dass in diesem Jahre viele ehemalige Kriegsgefangene das Weihnachtsfest wieder zu Hause feiern können. Doch es fehlen noch mehr als fünf Millionen deutscher Männer, die durch Krieg und Gefangenschaft ihren Familien ferngehalten sind. [...] Der Glaube, dass es noch Barmherzigkeit unter den Menschen gibt, droht in unserem Volke zu zerbrechen. Der Schmerz ist groß. Die Menschen wollen sich nicht mehr trösten lassen.“

Verbunden war diese Bitte mit einer Unterschriftensammlung *„für die Freilassung unserer Kriegsgefangenen“*, die in den Weihnachtsgottesdiensten am 25. und 26. Dezember 1946 durchgeführt wurde.

Auch in den folgenden Jahren wurden Gebetswochen für die Kriegsgefangenen veranstaltet. Der Tenor der Ansprache veränderte sich leicht. Mit der beginnenden Blockkonfrontation wurde der Ton insgesamt selbstbewusster, wurden die Forderungen versteckt in Anspielungen vorgetragen. So formulierte in Altona Propst Hildebrand 1947 zur Freilassung der Kriegsgefangenen:

„Die Kirche weiß wohl darum, dass wir als besiegttes Volk von den Siegermächten nichts zu fordern haben. Wir können nur bitten. Das tun die Andern auch, und es geschieht unablässig. [...] Es steht ferner geschrieben: ‚Worin du einen andern richtest, verdammt du dich selbst, sintemal du ebendasselbe tust, was du richtest‘ (Röm. 2, 1). Unser deutsches Volk steht als warnendes Beispiel vor den Völkern der Erde da, damit sie sehen, wie Gottes Zorn diejenigen trifft, die seinen Willen missachten.“

Das Evangelische Hilfswerk verzeichnete im Jahr 1949 in seinem Jahresbericht den Status der von ihm betreuten *„deutschen Gefangenen und Internierten in ausländischem Gewahrsam“*. Dieser Aufstellung zufolge befanden sich ohne die in der Sowjetunion Inhaftierten (deren Zahl nicht zu ermitteln war) in Polen und Jugoslawien 9.400 und in allen west- und südeuropäischen Staaten 1.721 Deutsche.

Der Status umfasste zu diesem Zeitpunkt ausschließlich verurteilte Kriegsverbrecher, oder solche, gegen die noch Ermittlungen liefen – in der Begrifflichkeit des Hilfswerks waren dies *„wegen strafbarer Handlungen zurückbehaltene Deutsche“*. Grundsätzlich wurden die Kriegsverbrechen nicht vollkommen negiert, aber die Unschuldsvermutung stark betont: *„Gewiss hat mancher von diesen Deutschen Schuld, sogar schwere Schuld auf sich geladen. Aber auch in dem vergangenen Jahr sind viele aus ausländischen Gefängnissen*

zurückgekehrt, für die kein Verfahren eingeleitet worden ist, weil sich ihre Unschuld erwiesen hatte.“

Die Arbeit des Hilfswerks konzentrierte sich auf die ideelle und materielle Unterstützung der Inhaftierten sowie deren Angehörigen. Diese wurde durch das „*Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene*“ organisiert, das eigenständig innerhalb des Evangelischen Hilfswerks arbeitete. Gleichzeitig propagierte die Kirche deren Freilassung. So wurde im Mai 1949 unter dem Titel „*Gebt die Kriegsgefangenen und Internierten frei! Die Evangelische Kirche in Deutschland an die Alliierten.*“ in den kirchlichen Blättern ein Aufruf des Rates der EKD abgedruckt, in dem es hieß:

„Sorgt für die Freigabe der Internierten! Lasst ab von dem Sonderrecht gegen die Besiegten! Beendet die Auslieferung von Kriegsgefangenen für Kriegsverbrecherprozesse!“

Nur ein halbes Jahr nach der Gebetswoche für die Kriegsgefangenen im Oktober 1949 war am 28. April 1950 die Frage der Kriegsgefangenen Gegenstand einer deutschlandweiten Kundgebung in allen Kirchen. Veranstaltet wurde diese von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland. Das zu verlesende Andachtsmaterial wurde (in Westdeutschland) in einer einheitlichen Fassung verschickt, die sich in den Unterlagen der Altonaer Frauenhilfen findet. Da wurde ein Text über „*Kriegsgefangene, Kriegsverbrecher, Menschlichkeit. Von der Frau eines deutschen Kriegsgefangenen*“ zum Verlesen angeboten, der angeprangerte, dass in den Staaten Osteuropas gefangene Soldaten als Kriegsverbrecher angeklagt würden. „*Auch in der westlichen Welt*“ so der Text weiter, „*büßen die Kriegsverbrecher ihre Schuld mit langen Freiheitsstrafen, auch in der westlichen Welt wird der ehemalige General v. Manstein noch nach*

4 ½ Jahren Besatzungszeit als Kriegsverbrecher abgeurteilt.“ Und die abschließenden Anweisungen fassten die Vorgaben wie folgt zusammen: „Die Ansprache müsste in kurzer Form nicht nur davon handeln, dass im Osten entgegen allen Versprechungen nahezu 50.000 Kriegsgefangene unter dem Vorwand eines Kriegsverbrechens verurteilt sind, dass auch in den Weststaaten in zweifelhaften Prozessen über 1.000 deutsche Soldaten abgeurteilt wurden.“

Keine fünf Jahre nach Kriegsende waren Kriegsgefangene und Kriegsverbrecher eins geworden. Kriegsverbrechen wurden negiert, und die west-alliierte Rechtsprechung wurde offen angegriffen. Diese Veränderung ist kein Zufall, drei Jahre später, 1953, meldete das „*Gemeindeblatt*“ in Altona unter der Überschrift „*Kriegsgefangenenfrage*“:

„Die Aussichten für die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Russland wären wesentlich besser, wenn die Westmächte nicht immer noch Hunderte von Kriegsgefangenen als angebliche Kriegsverbrecher in Gewahrsam hielten. Auch die im April in Washington zu unserem Bundeskanzler gemachten Zusagen wegen der 306 Landsberger Gefangenen sind noch nicht eingelöst. Die sog. Landsberger wurden in Prozessen verurteilt, deren Methoden in Amerika selbst öffentlich hart angegriffen worden sind.“

Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Nachricht ihren Platz im Kirchenblatt fand, ist aus heutiger Perspektive überraschend. Hier ist zu fragen, wie viel die Kirche von den Kriegsverbrecherprozessen wahrnahm und welches Bild sie von den NS-Verbrechen gewann oder behielt.

Die juristische Aufarbeitung von Verbrechen hat mehrere Funktionen. Zum einen wird eine gesellschaftliche Norm durchgesetzt, im Falle der Nürnberger Prozesse ging es um das internationale Recht, das hier erstmalig durchgesetzt werden sollte. Dies war ein zentrales Motiv, die führenden Nationalsozialisten

der unterschiedlichen Verbrechen bzw. Mittäterschaften anzuklagen.

Die Benennung der Verbrechen hat zugleich die Funktion, dem überlebenden Opfer das Recht auf Entschädigung zuzusprechen. Dieser Aspekt betrifft sehr weitgehend den materiellen Bereich. Die Strafverfolgung der Täter bedeutet aber auch im immateriellen Sinn Gerechtigkeit für die Opfer. Wird eine Tat negiert oder bagatellisiert, wird damit automatisch das Leiden des Opfers verharmlost.

Die kirchlichen Verlautbarungen der damaligen Zeit waren von solch einer Überlegung unberührt. Schon in der Auseinandersetzung um die Stuttgarter Schulderklärung war ja gefordert worden, dass der Erklärung *„ein Wort an die Feindmächte zum Nürnberger Prozess folgt, in dem ihnen gesagt wird, dass sie nicht das Recht hätten, die Weltrichter zu spielen.“*

Diese Linie der Pauschalkritik setzte sich nicht durch. Stattdessen konzentrierte sich die EKD darauf, das Nürnberger Tribunal und die Folgeprozesse in Einzelheiten zu kritisieren. Insbesondere vom württembergischen Landesbischof Wurm gingen zahlreiche Initiativen aus, die Begnadigungen zum Ziel hatten.

Für die aus Hamburg stammenden Verurteilten setzte sich intensiv der hamburgische Landesbischof Schöffel ein. Im Landeskirchenrat berichtete Schöffel am 10. Februar 1949, im abschlägigen Bescheid auf sein letztes Gesuch hätte ihm die britische Militärbehörde vorgehalten, er habe *„nun schon dreimal das Wort von den `sogenannten Kriegsverbrechern` gebraucht“*.

Die schleswig-holsteinische Landeskirche bemühte sich um die aus dem Land stammenden Kriegsverbrecher, wie Bischof Halfmann sogar in seinem Bericht an die Landessynode 1948 darlegte. Sein Einsatz in Form von Gnadengesuchen und Bittbriefen füllte eine eigene Akte. Die darin vorliegenden Fälle zeigen, dass Halfmann sich unabhängig von den vorgeworfenen Verbrechen bzw. dem Verhältnis zur Kirche für diejenigen einsetzte, die ihn direkt oder über ihre Angehörigen darum baten. So setzte er sich für den Generalarzt der SS ein, den

1885 geborenen Karl Genzken, weil dieser Sohn eines Preetzer Hauptpastor war. Die Haftgründe für Genzken, der wegen Menschenversuchen in Konzentrationslagern im Nürnberger Ärzteprozess zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, interessierten überhaupt nicht. Genzkens wurde 1954 begnadigt und starb 1957 in Hamburg-Blankenese. Im Fall des ehemaligen SS-Polizeiführers Estland, dem Neumünsteraner Hinrich Möller, war es die Ehefrau, die Halfmann erfolgreich um Unterstützung bat.

Das Leid, das diese Menschen über ihre Opfer gebracht hatten, existierte in den Überlegungen über ihre anzustrebende Freilassung nicht.

Was ich hier beispielhaft beschrieben habe, zeigt, dass sich eine Haltung durchgesetzt hatte, die Schuld verdrängte und Verbrechen negierte: Die Kehrseite des Aufbaustolzes der Nachkriegszeit war eine aus heutiger Sicht schwer erträgliche Selbstgerechtigkeit.

Es hat sehr lange gedauert, bis diese Haltung aufgebrochen wurde, und bis dahin vollzog sich das was Giordano die „zweite Schuld“ genannt hat: Ein Verdrängen und die Bagatellisierung und das Leugnen der NS-Verbrechen, die eine weitere Demütigung der überlebenden Opfer und ihrer Angehörigen bedeutete. Bis hier tatsächlich neu angefangen wurde, vollzogen sich harte Auseinandersetzungen, die mit harter Abwehr verbunden waren gegen diejenigen, die einen anderen Umgang mit der Vergangenheit und Gerechtigkeit für die Überlebenden forderten. Diese Geschichte ist Thema dieser Ausstellung.

Die heute vorzustellende Ausstellung zeichnet den kirchlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945 nach. Sie beschreibt konkretes Handeln und benennt Versäumnisse.

Die Ausstellung entstand auf Grundlage meiner Forschungen und wurde als Auftrag an drei ausgewiesene Fachfrauen aus Berlin, Prof. Dr. Stefanie Endlich, Beate Rossié und Monica Geyler von Bernus, vergeben, die sich seit längerem

mit dem Spannungsfeld Kirche und Nationalsozialismus beschäftigen. Sie entwickelten aus dem Material eigene Zuspitzungen und Verdichtungen in sechs Themenfeldern, denen Flucht und Vertreibung, Antisemitismus und der Wandel im Verhältnis zum Judentum, die kirchliche Unterstützung von NS-Verbrechern, der Umgang mit der eigenen Schuld, die Diskussionen um Krieg und Wiederaufrüstung sowie der Antikommunismus als Erbe vordemokratischen Denkens behandelt werden.

Die Ausstellungsmacherinnen haben für die sechs Unter-Kapitel der Ausstellung jeweils ein Ikonen-Foto aus dem übergreifenden Kontext ausgewählt. *„Diese Großfotos sind gewissermaßen als Angebote zur Wiedererkennung gedacht, indem sie auf assoziative Weise das eigene, individuelle Wissen über jene frühen Entwicklungen ansprechen und in die Betrachtung der Ausstellung einbinden. Einige der aufschlussreichen Zitate aus den „Neue Anfänge“ - Bänden wurden den einzelnen Kapiteln in konzentrierter Form vorangestellt. Mit diesen Stimmen übermitteln sich ideologische Denkweisen, die nach 1945 fort dauerten, aber auch Argumente für Aufklärung und Reflexion. So geben diese Zitate einen Eindruck von der Stimmungslage jener Jahre mit den Meinungen, Sorgen und Konflikten der kirchlichen und weltlichen Handlungsträger.“* So Professorin Endlich über das Konzept.

Manche der dargestellten Geschichten und Ereignisse sind bekannt, andere weniger. Dass, was wir über die frühe Zeit der Bundesrepublik erinnern, den Wiederaufbau, das deutsche Wirtschaftswunder, den neuen Wohlstand, wird hier nicht dargestellt. In der Ausstellung finden Sie viele Ereignisse und Geschichten, die nicht in unserem kollektiven Gedächtnis gespeichert sind.

Und die Erinnerungen an ihr Studium hier in Alsterdorf waren bei meiner Mutter erst jetzt wieder wach geworden.

Bei vielem geht es darum, Erinnerung wach zu rufen bzw. Dinge in Erinnerung zu behalten – die Erinnerung zu bewahren.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, versucht dies. Ein solches Erinnern ist nicht uneigennützig. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann uns helfen, die Gegenwart zu verstehen und unseren Blick auf das aktuelle Geschehen zu schärfen. Vergessen und Verdrängen erhöht die Gefahr, Fehler zu wiederholen.

In diesem Sinne wünsche ich einen anregenden Ausstellungsbesuch.

Vielen Dank!